

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2023

## Inhalt

|  |          |
|--|----------|
| <b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>  | <b>1</b> |
| Implementierung der EU-Kindergarantie.....   | 1        |
| Rat der EU: Beschluss zum Abschluss der Istanbul-Konvention .....                              | 1        |
| Rat der EU: Empfehlung zum Mindesteinkommen angenommen .....                                   | 1        |
| EuGH: Richtlinie über Gleichbehandlung gilt auch für Selbstständige .....                      | 2        |
| AdR: Stellungnahme zur EU-Care-Strategie.....  | 2        |
| EU-Kommission: Investition in „Education Cannot Wait“ .....                                    | 2        |
| EU-Kommission: Neue Europäische Bürgerinitiative für menschenwürdige Migration.....            | 3        |
| EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur „Generation Rauchfrei“ .....                       | 3        |
| <b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>  | <b>3</b> |
| Belgien: Entlastungsmaßnahmen gegen hohe Energiepreise verlängert.....                         | 3        |
| Schweiz: Auseinandersetzungen um Elternzeit und Kosten für Kinderbetreuung.....                | 4        |
| Schottland: Probleme bei Implementierung der Kinderrechte .....                                | 4        |
| Dänemark: Afghanische Frauen erhalten Asylberechtigung .....                                   | 5        |
| Portugal: Bericht über Missbrauch in der katholischen Kirche.....                              | 5        |
| <b>Weitere Nachrichten .....</b>   | <b>5</b> |
| Safer Internet Day.....  | 5        |
| Kampagne Child Safety ON .....   | 6        |
| Hilfeaufruf für besonders vulnerable Kinder in Erdbebengebieten in der Türkei und Syrien.....  | 6        |
| GAROP: Globale Aktionswoche für UN-Altenrechtskonvention .....                                 | 7        |
| FES & FEPS: EU Care-Atlas verdeutlicht Geschlechterungleichheiten bei unbezahlter Arbeit ..... | 7        |
| <b>Berichte und Studien .....</b>  | <b>7</b> |
| UNICEF: Global Outlook 2023 .....  | 7        |
| EU-Kommission: Bericht zur Zukunft der sozialen Sicherung und des Sozialstaats.....            | 8        |
| UN-Hochkommissariat für Menschenrechte: Bericht zu Menschenrechten Älterer .....               | 8        |
| <b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>  | <b>8</b> |

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### Implementierung der EU-Kindergarantie

Portugal hat als 19. Mitgliedstaat einen Nationalen Aktionsplan (NAP) für die Umsetzung der EU-Kindergarantie vorgelegt. Grundsätze für den portugiesischen NAP sind die Konzentration auf besonders vulnerable Gruppen von Kindern und ihrer Familien, das Kindeswohl und die Rechte des Kindes als primären Bezugspunkt, eine ehrgeizige Armutsbekämpfung bei gleichzeitigem Pragmatismus, eine gute Kommunikation mit der Öffentlichkeit sowie Transparenz und Partizipation. In dem Übersichtsbericht von Eurochild aus dem November 2022 (s. [EuropaNews 11/22](#)) wird für Portugal auf eine für die EU überdurchschnittliche Kinderarmutsquote von 22,9 Prozent hingewiesen. Eurochild empfiehlt in dem Bericht neben einen sozialpolitischen Ansatz insbesondere die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Kindern.

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa hat eine Hintergrundinformation zur EU-Kindergarantie veröffentlicht. Sie enthält einen Überblick zur Kinderarmut und zum Handlungsrahmen der EU, zur Prävention sowie zur Bekämpfung. Anschließend werden die vorbereitenden Maßnahmen zur Kindergarantie seit dem Beginn ihrer Planung im Jahr 2018 aufgeführt und wichtige Dokumente wie Berichte über einzelne Zielgruppen, Erkenntnisse aus Konsultationen und der Abschlussbericht der Machbarkeitsstudie verlinkt. Auch zum europaweiten Pilotprogramm sind Berichte für einzelne Staaten und programmatische Updates verlinkt. Zudem wird die Ratsempfehlung zur Umsetzung der EU-Kindergarantie erläutert und Informationen zur Implementierung gegeben. In einer abschließenden Übersicht ist dargestellt, wie sich der Vorschlag der Kommission und die Empfehlung des Rates voneinander unterscheiden.

- [Information: Eine europaweite Kindergarantie als Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut](#) 
- [Eurochild: Portugal Country Profil 2022 on children in need](#)  

### Rat der EU: Beschluss zum Abschluss der Istanbul-Konvention

Der Rat der EU hat zwei Beschlüsse zum Abschluss der Istanbul-Konvention angenommen, der nun dem EU-Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird. Mit seiner Zustimmung würde die EU dem Abkommen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt beitreten, zu dessen Umsetzung sich bereits ein Großteil der Mitgliedstaaten verpflichtet hat. Die Umsetzung der Konvention würde nur in dem Maß durch die EU erfolgen, in dem EU-Institutionen und nicht die Mitgliedstaaten zuständig sind. Ein Beschluss bezieht sich auf EU-Organe und Verwaltung, ein zweiter auf justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung. Im Oktober 2021 hatte der EuGH entschieden, dass die EU auch ohne einstimmige Zustimmung aller Mitgliedstaaten der Konvention beitreten darf. Obwohl einige Aspekte des Abkommens in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fielen, sehe das entsprechende Abschlussverfahren im EU-Recht keine einstimmige Entscheidung vor. (s. [EuropaNews 10/21](#)).

- [Ratsbeschluss zum Istanbul-Übereinkommen in Bezug auf Organe und öffentliche Verwaltung der EU](#) 
- [Ratsbeschluss in Bezug auf justizielle Zusammenarbeit, Asyl, Zurückweisungsverbot](#) 

### Rat der EU: Empfehlung zum Mindesteinkommen angenommen

Der Rat der EU hat eine Empfehlung zu angemessenen Mindesteinkommen in der EU angenommen. Sie soll eine Grundlage zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bieten. Neben angemessener Mindestsicherung

und weiteren Leistungen soll ein hohes Beschäftigungsniveau erreicht werden, indem die Arbeitsmarktintegration erwerbsfähiger Personen gefördert wird. Die Mitgliedstaaten sollten ein transparentes Verfahren zur Festsetzung der Mindesteinkommen finden, in dem die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen, die Zusammensetzung von Einkommensquellen, die Situation Geringverdienender und die Entwicklung von Lebenshaltungskosten einbezogen werden. Zur Förderung der Unabhängigkeit von Frauen, Menschen mit Behinderungen und jungen Menschen soll erwogen werden, für einzelne Haushaltsmitglieder Leistungen zu zahlen.

### EuGH: Richtlinie über Gleichbehandlung gilt auch für Selbstständige

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat auf Anfrage eines Warschauer Gerichts zur Auslegung der Richtlinie 2000/78 für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf Stellung bezogen. Das Vorabentscheidungsersuchen bezog sich auf die Schadensersatzklage eines Selbstständigen, dem die betreibende Gesellschaft eines öffentlichen Fernsehsenders in Polen nach Bekanntwerden seiner Homosexualität die Zusammenarbeit gekündigt hatte. Gemeinsam mit seinem Lebenspartner hatte der Kläger ein Youtube-Video veröffentlicht, in dem sie zu Toleranz für homosexuelle Paare aufrufen. Das Gericht wollte wissen, ob der EuGH die Auffassung des Klägers teilt, dass es sich bei der Beendigung der Zusammenarbeit in Reaktion auf das Video um eine Diskriminierung aufgrund seiner sexuellen Orientierung handelt. Zu klären war außerdem, ob die Richtlinie 2000/78 auf Selbstständige überhaupt anzuwenden sei und ob die polnischen Gesetze zur Vertragsfreiheit mit dieser in Konflikt stünden. Der EuGH stellte fest, dass auch die Beendigung eines Vertrags mit Selbstständigen aufgrund der sexuellen Orientierung in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2000/78 fällt. Ob die vorherige Zusammenarbeit zwischen dem Sender und dem Selbstständigen jedoch eine stabile Rechtsbeziehung bedeutet habe, die für die Anwendung der Richtlinie notwendig wäre, müsse das polnische Gericht klären. Zu den polnischen Regelungen über die Vertragsfreiheit gab der EuGH an, dass diese keine Ablehnung von Verträgen aufgrund der sexuellen Orientierung des Vertragspartners gestatten dürften. Eine solche Regelung würde den Diskriminierungsschutz unwirksam machen und sei nicht erforderlich, um die Vertragsfreiheit zu garantieren.

### AdR: Stellungnahme zur EU-Care-Strategie

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat eine Stellungnahme zur Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung veröffentlicht, mit der der AdR das Vorhaben einheitlicher Pflegestandards im Lebensverlauf unterstützt. Der AdR weist darauf hin, dass Pflege und Betreuung in der EU so geplant werden müssen, dass europäische, lokale und regionale Akteur:innen effektiv zusammenarbeiten. Die Covid-19 Pandemie habe gezeigt, dass insbesondere im ländlichen Raum Versorgungslücken bestünden, für deren Behebung es EU-weit koordinierter Programme bedürfe. Über den Vorschlag der Kommission für eine EU-Care-Strategie hinausgehend, spricht sich der AdR dafür aus, die Versorgung im Bereich der Pflege mit einem Vorgehen sicherzustellen, das an die Barcelona-Ziele für frühkindliche Bildung und Betreuung angelehnt ist. So würden Ziele und Indikatoren festgelegt und auf lokaler und regionaler Ebene Daten zur Verfügbarkeit von Pflegeangeboten erhoben. Auf Grundlage dieser Kenntnisse könne die Unterstützung einzelner Regionen gezielt geplant werden.

- [AdR: Stellungnahme zur Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#) 

### EU-Kommission: Investition in „Education Cannot Wait“

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben beschlossen, in den globalen Fonds „Education Cannot Wait“ der UN zu investieren. Mit 313 Millionen Euro aus der EU sollen Bildungsangebote für Kinder gefördert werden, die global betrachtet am stärksten benachteiligt sind. Damit soll ein Beitrag zum vierten der UN-

Nachhaltigkeitsziele, „hochwertige Bildung“, geleistet werden. Die Mittel sollen eingesetzt werden, um für Kinder und Jugendliche in akuten Krisensituationen und bei langfristigen Krisen Zugang zu hochwertiger Bildung zu verschaffen. „Education Cannot Wait“ soll die bestehenden EU-Hilfsprogramme zur Förderung von Bildung weltweit ergänzen. Im Zeitraum von 2021-2017 investiert die EU 3,2 Milliarden Euro in Bildung für Kinder und Jugendliche in Ländern mit unzureichendem Bildungsangebot.

- [Education Cannot Wait](#) 
- [Humanitäre Hilfe der EU: Bildung in Notsituationen](#) 

### EU-Kommission: Neue Europäische Bürgerinitiative für menschenwürdige Migration

Die EU-Kommission hat eine neue europäische Bürgerinitiative registriert. Die Initiative „Menschenwürdige Aufnahme von Migranten in Europa“ fordert eine Überarbeitung der Dublin-Verordnung, die in der EU, Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz die Durchführung von Asylverfahren regelt. Die Überarbeitung müsse bei der Verteilung von Asylsuchenden auf die verschiedenen Staaten des Dublin-Abkommens die Menschenwürde und den Willen der Asylsuchenden achten. Dazu müssten Mitgliedstaaten solidarisch und effektiv zusammenarbeiten und so eine Grundlage dafür schaffen, dass in allen aufnehmenden Ländern angemessene Standards der Unterbringung und Versorgung gewährleistet werden können. Die Organisator:innen der Initiative haben ab dem Zeitpunkt der Registrierung sechs Monate Zeit, um mit der Sammlung von Unterschriften zu beginnen. Überzeugen sie innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützer:innen aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten, muss die EU-Kommission auf die Initiative reagieren.

- [EU-Kommission: Initiative "Ensuring a dignified reception of migrants in Europe"](#)

### EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur „Generation Rauchfrei“

Die EU-Kommission plant, den Rechtsrahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums in der EU zu verbessern. Dazu hat sie eine öffentliche Konsultation gestartet, die bis zum 16. Mai läuft. Expert:innen und interessierte Bürger:innen sind aufgerufen, sich zu den Aspekten Produktregulierung, Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring zu äußern. Beurteilt werden soll, ob der geplante Rechtsrahmen geeignet ist, das Ziel einer „Generation Rauchfrei“ bis zum Jahr 2040 voranzubringen, wie es im Europäischen Plan gegen Krebs ausgerufen wurde. Dabei bittet die Kommission speziell um Feedback zu der Frage, ob der Rahmen zur Regulierung neuer tabak- und nikotinhaltinger Produkte auf dem Markt geeignet ist.

- [Öffentliche Konsultation zum Rechtsrahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs](#)
- [Europäischer Plan gegen Krebs](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Belgien: Entlastungsmaßnahmen gegen hohe Energiepreise verlängert

Die belgische Regierung hat beschlossen, ihre Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen angesichts der hohen Preise für Strom und Gas weiterzuführen. So bleibt die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom von 21 auf sechs Prozent erhalten. Der regulär in Belgien bestehende Sozialtarif mit reduzierten Energiepreisen wurde Ende des vergangenen Jahres auf Einkommensgruppen ausgeweitet, die normalerweise nicht anspruchsberechtigt sind. Diese vorübergehende Unterstützungsmaßnahme zum Ausgleich der stark gestiegenen Kosten auch für

Haushalte mit mittleren Einkommen soll ab dem 01. April schrittweise wieder auf die ursprüngliche Zielgruppe eingegrenzt werden. Zum dritten Quartal dieses Jahres sollen dann nur noch die Haushalte Anspruch auf den Sozialtarif haben, die Sozialleistungen beziehen.

### Schweiz: Auseinandersetzungen um Elternzeit und Kosten für Kinderbetreuung

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) in der Schweiz plädiert für ein schweizweit geltendes Modell der Elternzeit. Dazu hat sie aktuell ein Positionspapier veröffentlicht, in dem Vorteile eines Elternzeitmodells zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, zur Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und zur gleichen Aufteilung der Kinderbetreuung durch beide Elternteile herausgestellt werden. Vorgeschlagen wird ein Modell, mit dem die bestehenden Ansprüche auf Mutterschutz und Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub um Elternzeiten ergänzt werden. Diese sollen zum Teil personengebunden und zum Teil übertragbar sein, um die gleichberechtigte Beteiligung an der Sorgearbeit zu fördern. Der Entwurf sieht zusätzlich zu den acht Wochen Mutterschutz 15 Wochen Elternzeit für beide Elternteile vor, von denen vier Wochen übertragbar sein sollen. Neben dem Modell stellt die EKFF im Positionspapier eine Liste mit Argumenten vor, mit denen sie für die Elternzeit wirbt. So fördere Elternzeit die Gesundheit und Entwicklung von Kindern, die psychische und körperliche Gesundheit von Müttern, die Vater-Kind-Beziehung, die Erwerbstätigkeit von Müttern, sei für Unternehmen und Volkswirtschaft gewinnbringend, erhöhe die Geburtenrate und fördere die Gleichstellung der Geschlechter.

Eine aktuelle vom Bundesamt für Sozialversicherungen der Schweiz beauftragte Studie untersucht die wirtschaftliche Situation von Familien in der Schweiz. Sie zeigt, dass die Geburt eines Kindes in der Schweiz mit einer erheblichen finanziellen Belastung einhergeht. Dies sei zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass Mütter in der Schweiz häufig nicht erwerbstätig sind oder ihre Erwerbsarbeit deutlich reduzieren. Ein Jahr nach der Geburt des Kindes hätten 76 Prozent der Mütter ihr Einkommen um mindestens ein Viertel reduziert. Dies sei kein kurzfristiger Effekt, sondern bleibe in den zehn Jahren nach der Geburt des ersten Kindes.

Die Kosten für Kinderbetreuung sind für diese Situation in der Schweiz ein erheblicher Faktor. Aktuell verhandeln Nationalrat und Bundesrat die Gestaltung eines langfristig angelegten Programms zur finanziellen Entlastung von Familien bei den Kinderbetreuungskosten. Das aktuelle Förderprogramm läuft zum Ende des Jahres 2024 nach rund 22 Jahren der provisorischen Lösung aus. Eine parlamentarische Initiative fordert die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Kinderbetreuung im Vorschulalter. Der Bundesrat lehnt dies mit Verweis auf die kantonale Zuständigkeit sowie einen angespannten Bundeshaushalt ab.

- [Positionspapier "Elternzeit - Worauf wartet die Schweiz?"](#) 
- [Die wirtschaftliche Situation von Familien in der Schweiz. Die Bedeutung von Geburten sowie Trennungen und Scheidungen](#) 
- [Stellungnahme des Schweizer Bundesrates über die Parlamentarische Initiative für eine langfristige Finanzierung von Kinderbetreuungsangeboten](#) 

### Schottland: Probleme bei Implementierung der Kinderrechte

Die Kinderrechte in Schottland wurden durch den Brexit insofern geschwächt, als dass seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU die EU-Grundrechtecharta dort nicht mehr gilt. Auch die Familienzusammenführung über Grenzen hinweg sei eine Folge des Austritts, ebenso wie verstärkte ökonomische Unsicherheiten. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle Bericht über den Stand der Umsetzung der Kinderrechte in Schottland, der vom schottischen Verband der Familienorganisationen „Together“ jährlich herausgegeben wird. Weitere Probleme bei der Implementierung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes resultierten aus einem fehlenden Bewusstsein

von Mitarbeitenden in Behörden, zu wenig Ressourcen für die Umsetzung von Programmen zur Förderung der Kinderrechte und zu geringen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder. Die steigenden Lebenshaltungskosten wirkten sich zudem deutlich auf das Leben von Kindern aus. Durch die ökonomische Unsicherheit von Familien und Leistungskürzungen im Bereich der sozialen Sicherung sei die Zahl der Kinder drastisch angestiegen, die mithilfe von Lebensmitteltafeln ernährt werden müssen. Abschließend werden Empfehlungen abgegeben: ein offizielles Monitoring der Kinderrechte in Schottland, mehr Investitionen in ihre Umsetzung und die Fortbildung von Mitarbeitenden in staatlichen Institutionen. Mitglieder der schottischen Kinder- und Jugendparlamente haben ebenso einen Bericht zu Kinderrechten in Schottland erstellt. Sie weisen auf Herausforderungen bei der Chancengleichheit, Bildung und mentalen Gesundheit hin.

- [Bericht "State of Children's Rights in Scotland"](#)  
- [Bericht "The problems adults don't see"](#)  

### Dänemark: Afghanische Frauen erhalten Asylberechtigung

Dänemark hat seine Richtlinien zur Asylpolitik angepasst, um Frauen und Mädchen aus Afghanistan einen generellen Anspruch auf politisches Asyl zu gewähren. Dänemark schließt sich mit dieser Entscheidung der Position der EU-Asylagentur an, die im Fall Afghanistans das Geschlecht als Zugehörigkeit zu einer verfolgten politischen Gruppe als ausreichendes Kriterium ansieht. In einem ersten Fall wurde die neue Regelung auf den Antrag einer afghanischen Frau und ihrer minderjährigen Tochter angewendet, die sich seit dem Jahr 2018 in Dänemark aufhalten. Bei der Entscheidung über Asylanträge afghanischer Frauen und Mädchen ist mit der Entscheidung des dänischen Ministeriums für Migration und Integration keine individuelle Prüfung einer Gefährdung notwendig.

- [EU-Asylagentur: Richtlinien für Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan](#)  

### Portugal: Bericht über Missbrauch in der katholischen Kirche

Die unabhängige Kommission zur Untersuchung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Portugal hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Seit dem Jahr 1950 seien mindestens 4.815 Menschen Opfer sexueller Gewalt durch Geistliche und Mitarbeitende der Kirche geworden. Die Befragung von über 500 Opfern durch die Kommission weise jedoch darauf hin, dass weiterhin ein großes Dunkelfeld bestehe. Nur vier Prozent der Opfer hätten Anzeige erstattet, häufig nach Jahrzehnten des Schweigens. Im Durchschnitt seien die Betroffenen zum Zeitpunkt des Missbrauchs elf Jahre alt gewesen. Ein Großteil der Fälle sei inzwischen verjährt, 25 Fälle wurden jedoch bei der Polizei angezeigt. Die katholische Kirche Portugals hat finanzielle Entschädigungen angekündigt. Betroffene und ihre Vertreter:innen weisen diese als zu gering zurück. Entscheidend sei über die individuelle Entschädigung hinaus die Anerkennung des Ausmaßes der Gewalt und ihrer Vertuschung in der Institution.



## Weitere Nachrichten

---

### Safer Internet Day

Der Safer Internet Day am 7. Februar stand in Deutschland in diesem Jahr unter dem Motto #OnlineAmLimit. Der europäische Aktionstag wird in den Mitgliedstaaten von Partnerorganisationen durchgeführt, in Deutschland von der Initiative Klicksafe. Zum Thema #OnlineAmLimit wurden in Online-Veranstaltungen und Publikationen z.B. die

Themen Mediensucht, digitale Balance im Familienalltag und die Sicht von Eltern auf die Mediennutzung ihrer Kinder behandelt. Klicksafe hat zu diesem Themenkomplex auch Materialien für den Schulunterricht und Videoclips erstellt, die sich an die Öffentlichkeit richten. Anlässlich des Safer Internet Day ruft Eurochild dazu auf, die Kinderrechte online und offline wirksam umzusetzen. EU-Maßnahmen zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen müssten mit einem kinderrechtsbasierten Ansatz arbeiten. EU-Kinderschutz sollte zudem eng mit nationalen Kinderschutzbehörden zusammenarbeiten, um den Kinderschutz ganzheitlicher zu gestalten. Der Digital Services Act müsse zügig implementiert werden. Außerdem schlägt Eurochild ein EU-Zentrum für digitale Technologien vor, das kinderzentriertes und kindersicheres Design digitaler Angebote voranbringen könnte. Eurochild baut derzeit eine Taskforce für digitalen Kinderschutz mit Expert:innen aus seinen Mitgliedsorganisationen auf. Das Netzwerk plant, gemeinsam mit EU-Institutionen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen den Kinderschutz in digitalen Umgebungen zu stärken.

- [Klicksafe: Safer Internet Day 2023](#)
- [Eurochild: Stellungnahme zum Safer Internet Day](#) 
- [Eurochild: Kinderschutz in digitalen Umgebungen](#) 

### Kampagne Child Safety ON

Dem Kinderschutz im Netz widmet sich auch die Kampagne Child Safety ON, die sich speziell der Bekämpfung sexuellen Missbrauchs im Internet widmet. Am 22. Februar, dem Europäischen Aktionstag für Kriminalitätsoffer, stellten mitwirkende Organisationen wie Eurochild, End Violence Against Children, Child Helpline International und Terre des Hommes die Kampagne vor. Child Safety ON hat eine Petition erstellt, mit der Unterstützer:innen sich für die rechtliche Verpflichtung von Unternehmen aussprechen können, sexuellen Missbrauch auf ihren Online-Plattformen zu identifizieren, zu entfernen und anzuzeigen. Diesen Schritt kündigt die EU-Kommission in ihrem Vorschlag für neue EU-Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet an. Die Kampagne informiert außerdem über rechtliche Details des geplanten Gesetzes und über gesellschaftliche Auseinandersetzungen darüber, ob die Ziele Kinderschutz und Datenschutz miteinander in Konflikt geraten. Sie bietet Handlungsansätze für Lehrer:innen und Eltern, die sich mit dem Thema befassen und den Dialog darüber anstoßen wollen. Mit Videos und Infoposts auf Social Media soll außerdem eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden.

- [Child Safety ON](#) 

### Hilfeaufforderung für besonders vulnerable Kinder in Erdbebengebieten in der Türkei und Syrien

Eurochild weist auf die Arbeit seiner türkischen Mitgliedsorganisation Hayat Sende hin, die über Risikofaktoren für den Kinderschutz in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten in der Türkei und Syrien informiert. Die Organisation wurde von jungen Menschen gegründet, die in staatlichen Unterbringungseinrichtungen aufgewachsen sind. Sie setzt sich für Kinder ein, die in alternativen Betreuungsformen großwerden und bietet ihnen Unterstützung für den Übergang ins Erwachsenenleben an. Die aktuelle Situation sei auch für den Deinstitutionalisierungsprozess in der Türkei ein Risiko, da der hohe Bedarf an Unterbringung dazu führen könnte, verstärkt auf Kinderheime als Wohnform zu setzen. Durch die allgemeine Belastungssituation hätten die Menschen zudem weniger Kapazitäten, um sich als Pflegeeltern zur Verfügung zu stellen und sich angemessen über die Bedürfnisse von Kindern in alternativer Unterbringung zu informieren. Eine steigende Zahl informeller Pflegearrangements bringe es mit sich, dass die Sicherheit und das Wohlbefinden der Kinder nicht flächendeckend überprüft werden könnten. Besonders Kinder, die aus den betroffenen syrischen Gebieten in die Türkei kommen, bräuchten jetzt angemessene

Unterstützung. Hayat Sende sammelt Spenden zur Unterstützung ihrer Programme vor Ort und für die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs für Kinder, Pflegeeltern und Menschen, die in Heimen aufgewachsen sind.

- [Eurochild: Vorstellung der Arbeit von Hayat Sende](#) 
- [Hayat Sende: Spendenaufruf für Kinder in der Türkei und Syrien](#)

## GAROP: Globale Aktionswoche für UN-Altenrechtskonvention

Mit einer weltweiten Aktionswoche macht die Globale Allianz für die Rechte Älterer (Global Alliance für the Rights of Older People, GAROP) auf ihre Kampagne „Age With Rights“ aufmerksam. Sie setzt sich für eine UN-Konvention für die Menschenrechte Älterer ein. Vom 27. Februar bis zum 5. März können zivilgesellschaftliche Organisationen und alle Interessierten sich mit Social-Media-Beiträgen, Video-Statements und Aktionen beteiligen. GAROP stellt für alle Beteiligungsformate Richtlinien zur Verfügung, in denen inhaltliche und formelle Kriterien für Beiträge zusammengestellt sind. Die Kampagne hat es sich zum Ziel gesetzt, ein rechtlich bindendes Instrument für die Menschenrechte Älterer zu schaffen. Sie argumentiert, dass die UN-Menschenrechtskonvention die spezifische Situation älterer Menschen heute nicht vollständig abdecken könne. Der Schutzrahmen müsse an alternde Gesellschaften, höhere Lebenserwartungen und veränderte Familienkonstellationen angepasst werden.

- [GAROP: Globl Rally 2023](#) 

## FES & FEPS: EU Care-Atlas verdeutlicht Geschlechterungleichheiten bei unbezahlter Arbeit

Im Rahmen ihres gemeinsamen Projekts „Does Europe Care for Care?“ haben die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die Foundation of European Progressive Studies (FEPS) einen Care-Atlas erstellt, mit dem Geschlechterungleichheiten in verschiedenen Bereichen der Sorgearbeit betrachtet werden können. Zu den Themen Erwerbsarbeit, Zeitverwendung für bezahlte und unbezahlte Arbeit und zum Gender Pay Gap zeigt das Tool eine Europakarte, auf der die Raten z.B. von Erwerbsarbeit oder Gehaltsunterschieden nach Geschlecht in den europäischen Ländern dargestellt sind. So wird der Zusammenhang von Ungleichheiten bei der Aufteilung von Care-Aufgaben und Ungleichheiten des Einkommens zwischen Männern und Frauen verdeutlicht.

- [FES & FEPS: EU Care-Atlas](#)

## Berichte und Studien

---

### UNICEF: Global Outlook 2023

UNICEF hat seinen dritten „Global Outlook“ veröffentlicht, in dem jährlich die Entwicklung der Lebensumstände von Kindern weltweit dargestellt werden. Für das Jahr 2023 konzentrieren die Autor:innen sich auf die verschiedenen globalen Krisen, die sich aktuell überschneiden und die der Bericht mit der Diagnose einer „polycrisis“ zusammenfasst: die andauernde Pandemie, die Energiekrise, Inflation, Lebensmittelunsicherheit und der Klimawandel. Dabei werden sieben Trends identifiziert, die mit diesen Krisen einhergehen: Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit von Kindern weltweit, die Auswirkungen der Inflation auf vulnerable Familien und Kinder, Lebensmittelarmut durch Krieg und Klimawandel, Probleme bei der Energieversorgung, unzureichende Investitionen für Kinder in Entwicklungsländern und die Bedrohung der Demokratie und internationalen Zusammenarbeit. Abschließend wird dazu aufgerufen, diese Krisen nicht als isolierte Prozesse zu betrachten, sondern zu berücksichtigen, wie sie aufeinander einwirkten. Trotz der großen Schwierigkeiten sollten die



dargestellten Krisen auch als Herausforderungen betrachtet werden, die Situation von Kindern weltweit zu verbessern.

- [UNICEF: Global Outlook 2023](#)  

### EU-Kommission: Bericht zur Zukunft der sozialen Sicherung und des Sozialstaats

Der Bericht der EU-Kommission zur Zukunft der sozialen Sicherung und des Sozialstaats ist erschienen. Er wurde von der Expert:innengruppe zu diesen Themen erarbeitet, die die Kommission im Jahr 2021 ins Leben gerufen hatte (s. [EuropaNews 11/21](#)). Die Zukunft der sozialen Sicherung wird im Bericht anhand des demografischen Wandels, sich verändernder Arbeitswelten, der Digitalisierung und dem Übergang in eine nachhaltige EU diskutiert. Der Bedarf an sozialer Sicherung wird dabei aus einer Lebensverlaufsperspektive diskutiert. Mit diesem Ansatz werden die verschiedenen Phasen in einem durchschnittlichen Leben betrachtet, in denen Unterstützungsbedarf besteht (Kindheit, Familienzeiten, Alter). Anschließend werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese Perspektive sozialpolitisch umgesetzt werden kann. In den abschließenden Empfehlungen wird dargelegt, dass starke Systeme sozialer Sicherung von der Produktivität und dem Wohlstand von Gesellschaften abhängig sind, diese aber zugleich auch stützen. Investitionen in soziale Sicherung müssten daher gestärkt werden. Sie sollten die Förderung der Leistungsfähigkeit und Produktivität ebenso fokussieren wie die Absicherung gegen Risiken.

- [The Future of Social Protection and the Welfare State](#)  

### UN-Hochkommissariat für Menschenrechte: Bericht zu Menschenrechten Älterer

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat den Bericht über die Konferenz zu den Rechten älterer Menschen veröffentlicht. Darin sind die Ergebnisse des Treffens von Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, von staatlichen und UN-Institutionen zusammengefasst (s. [EuropaNews 09/22](#)). Auseinandergesetzt wurde sich mit Einschränkungen in der Verwirklichung der Menschenrechte Älterer, mit bestehenden Schutzmechanismen und Problemen ihrer Umsetzung und mit der Entwicklung neuer Instrumente für eine umfassende Gewährung der Rechte älterer Menschen. Im Bericht wird die Empfehlung ausgesprochen, eine Konvention für die Menschenrechte Älterer auszuarbeiten. Dabei sollte das Problem der Altersdiskriminierung beachtet und erörtert werden, wie bestehende Gleichstellungsinstrumente so ausgebaut werden können, dass sie Ältere effektiv vor Ungleichbehandlung schützen.

- [UN-Hochkommissariat für Menschenrechte: Bericht über Konferenz zu den Rechten älterer Menschen](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum / Ort                                  | Titel der Veranstaltung   | Veranstalter           |
|--|---|------------------------|
| 1. März 2023<br>Brüssel, Belgien<br>& Online | <a href="#">Digitalisation in social security coordination (ESSPASS) and 'Labour Cards'</a> | Europäische Kommission |
| 9. März 2023<br>Online                       | <a href="#">Online exchange on Quality in Early Childhood Education and Care</a>            | COFACE Families Europe |

|  |   |   |
|--|---|---|
| 17. März 2023<br>Porto, Portugal               | <a href="#">'Peoples Summit' - EAPN Europe and EAPN Portugal policy conference</a>                                  | EAPN Europe/EAPN Portugal   |
| 28. März 2023<br>Manza, Italien                | <a href="#">European expert meeting: Inclusive Education for an Inclusive Europe</a>                                | COFACE Families Europe  |
| 4.-5. Mai 2023<br>Ortsankündigung folgt        | <a href="#">Training: Equalitx Bodies Exploring Online and Offline Harassment</a>                                   | EQUINET   |
| 12.-14. Mai 2023<br>Newport, Wales<br>& Online | <a href="#">ICCFR Annual Conference: The family offers a lifetime foundation to build resilience and elasticity</a> | International Commission on Couple and Family Relations                         |
| 8.-9. Juni 2023<br>Tirana, Albanien            | <a href="#">EASPD Internationl Conference: 'Family-centred Early Childhood Intervention: How to make it work'</a>   | European Association of Service providers for Persons with Disabilities (EASPD) |
| 13.-14. Juni 2023<br>Brüssel, Belgien          | <a href="#">Seminar: Work-Life Balance Directive</a>  | EQUINET   |
| 26.-28. Juni 2023<br>Sheffield, GB             | <a href="#">2023 Transforming Care Conference</a>   | Transforming Care Network   |

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

